

Bestellen Sie die aktuelle Nummer oder abonnieren Sie Zeit-Fragen!

Die Genossenschaft Zeit-Fragen ist politisch und finanziell unabhängig. Alle Mitglieder der Genossenschaft und alle Mitarbeiter der Wochenzeitung Zeit-Fragen sind ausschliesslich ehrenamtlich tätig. Wir akzeptieren keine Werbe- oder sonstigen kommerziellen Inserate und haben keinen finanzkräftigen Konzern im Rücken, sondern finanzieren uns durch unsere Abonnenten.

Nr.27 vom 6.7.2009

«Gemeinschaft statt Gier, Gemeinwohl statt Gewinnstreben»

25 Jahre «Freie Gemeinschaftsbank»

von Dr. rer. publ. W. Wüthrich, Zürich

Die Finanzbranche braucht Werte, die dem Menschen und der Gesellschaft dienen. Darin sind sich heute in der Finanz- und Wirtschaftskrise alle einig. Die folgenden Zeilen sollen an einem konkreten Beispiel aufzeigen, wo Menschen im Bankwesen diesem Grundsatz ganz besonders nachleben.

«Zeit-Fragen» hat bereits verschiedene Artikel über Banken veröffentlicht, die einen etwas anderen Weg beschreiten. Es sind dies die «Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse» ZLK (Bauernhilfskasse). Der Artikel zeigt das Kreditwesen und die Selbsthilfe in der Landwirtschaft (Zeit-Fragen Nr. 35/36 vom 26. August 2008). Ein weiterer Beitrag zeigt die Geschichte der «WIR-Bank» (Zeit-Fragen Nr. 37 vom 8. September 2008). Diese Bank schafft ihr eigenes Geld. Sie hat ihre Wurzeln in der Freigeldbewegung der 30er Jahre. Es folgte ein Artikel über die Gründung der ersten Sparkassen in der Schweiz, die Gründung von Genossenschaften und insbesondere über die Raiffeisenbewegung (Zeit-Fragen Nr. 45 vom 3. November 2008).

Diese Reihe über Banken der «besonderen Art» wird mit diesem Artikel weitergeführt.

Vor 25 Jahren gründete eine Gruppe von Menschen aus dem Umkreis des Goetheanums und der Anthroposophischen Gesellschaft in Dornach die Freie Gemeinschaftsbank. 1999 zog sie nach Basel um. Ihre Statuten bestimmen, dass die Bank nicht das Ziel verfolgt, einen Kapitalgewinn zu erzielen. Der Handel mit Geld, Wertschriften, Fonds und ähnlichem ist ausgeschlossen. Das Hauptgewicht liegt im klassischen Bankgeschäft, das heisst in der Entgegennahme von Spargeldern und in der Gewährung von Krediten nach ethischen und sozialen Gesichtspunkten. Das Geld soll in Projekten angelegt werden, bei denen die Person des Kreditnehmers, seine Initiative, sein persönliches Engagement und sein Umfeld im Zentrum stehen. Die Bank bietet verschiedene Konten mit marktüblichen Zinsen an, Beratungen über Vorsorgeplanung, Steuern, Testament etc. Der Kunde wählt freiwillig einen tieferen Zins und unterstützt damit die gemeinsame Sache. Ein wichtiger Bereich ist die Vermittlung von Treuhandgeldern. Mit dieser Art der Geldanlage ist der Geldgeber direkt verbunden mit initiativen Menschen, die dieses Geld als Darlehen erhalten. Die Bank versteht sich als Mediatorin zwischen Geldgebenden und Geldnehmenden.

Zur Geschichte

1984: Die Bank beginnt ihre Tätigkeit in Basel mit zwei Angestellten und mit einem Kapital von etwa 5 Millionen Franken. Heute nach 25 Jahren besteht das Team aus 17 Angestellten und einer Lehrtochter. Das Kapital (Bilanzsumme) beträgt knapp 200 Millionen Franken, von denen 161 Millionen als Kredite ausgeliehen sind. Der grösste Teil der Ausleihungen sind Hypothekarkredite. Es werden Wohngebäude, aber auch landwirtschaftliche Liegenschaften und Gewerbeliegenschaften finanziert. Wohin fließt das Geld? Einige Beispiele: 13% in die biologische Landwirtschaft, 12% in Schulen und Kindergärten, 7% in Altersheime, 14% werden für gemeinschaftliches Wohnen verwendet, 20% allgemein für Wohnen, 1,6% für kulturelle und künstlerische Initiativen, 12% für Heilpädagogik und Sozialtherapie. Dazu gehören zum Beispiel sozialtherapeutische Grossfamilien oder der Trägerverein «Lilith». Hier finden Frauen in besonders schwierigen Situationen Lebenshilfe. Die Gemeinschaftsbank hat im letzten Jahr einen Gewinn von 50 000 Franken erzielt. (25 Jahre Freie Gemeinschaftsbank, www.gemeinschaftsbank.ch) Die Freie Gemeinschaftsbank FGB ist eine Genossenschaft. Die Anteilscheine werden nicht verzinst und sind auch nicht rückzahlbar. Sie sind ein Geschenk an das Gemeinschaftswerk. Jeder Genossenschafter hat unabhängig vom Kapital an der Generalversammlung eine Stimme. Mit der Bank ist eine Stiftung verbunden, die das «Schenkgeld» verwaltet und damit Projekte à fonds perdu unterstützt.

Vertrauen durch Transparenz

Jeder, der sein Geld bei der Gemeinschaftsbank anlegt, weiss, was damit geschieht. Er muss nicht einfach glauben, sein Geld werde «grün», «bio» oder «nachhaltig» investiert. Alle Kreditnehmer werden mit ihrem Projekt und auch mit ihren Schwierigkeiten und Erfolgen im Geschäftsbericht vorgestellt selbstverständlich mit ihrem Einverständnis. Kreditausfälle gibt es praktisch nicht. Ein Geldgeber kann wünschen, wo er sein Geld am liebsten eingesetzt haben möchte. Wer den Empfänger des Geldes kennt, ist eher motiviert, freiwillig auf den Zins zu verzichten.

Es entsteht ein Kreislauf des gegenseitigen Gebens und Nehmens, der von der Zustimmung zu gemeinsamen Werten getragen wird. Es ist das oberste Ziel der FGB, den Förderkreis weiter zu pflegen und die Vernetzung aller Teilnehmenden auszubauen.

Unterwegs mit Menschen

Im Moment wird in der Genossenschaft darüber diskutiert, dass nicht nur die Kreditnehmenden sich in der Gemeinschaft persönlich mit ihrem Projekt vorstellen, sondern dass auch die Menschen, die hier ihr Geld anlegen, aus ihrer Anonymität heraustreten. Auch der Zins ist ein Thema. Man könnte ihn ganz abschaffen und durch Gebühren und Spesen für das Bankgeschäft ersetzen, lautete ein Vorschlag. Oder es wird geprüft, über längere Zeit einen festen Zins festzulegen und das Auf und Ab der Zinsen nicht mehr mitzumachen. Denkbar wären auch Konti, bei denen der Kunde Zinsen bezahlt (und nicht erhält) oder bei denen er auf einen kleinen Teil seines Guthabens verzichtet (Negativzinsen). Der Betrag, der so zur Verfügung steht, könnte direkt in Projekte fließen, die Unterstützung nötig haben. Bereits Rudolf Steiner hatte neben Silvio Gesell von «rostendem Geld» gesprochen. Die Gemeinschaftsbank ist überzeugt, dass ihr Modell der Gemeinschaft, die sich gesellschaftlich vernetzt, Zukunft hat. Deutlich mehr als die Hälfte der Kontoinhaber sind Frauen. Sie bringen das meiste Geld ein. Wie erklärt der Geschäftsleiter Markus Jermann der FGB dieses Phänomen? «Frauen sind dem Leben näher und haben einen unverstellteren Blick auf das Wesentliche, das Menschliche.»

Freie Gemeinschaftsbank und Finanzkrise

Alle Schriften der FGB beschäftigen sich ausführlich mit der Finanzkrise. Dabei geht es nicht nur um die Krise selber, sondern auch um das Fundament, das heisst um die Geld- und Wirtschaftsordnung, aus der die Krise entstanden ist. Im Zentrum stehen jedoch

nicht die ökonomischen Zusammenhänge und die Fragen des Geldes und der Geldordnung. Im Mittelpunkt steht der einzelne Mensch und seine Werthaltung: «Der Mensch hat sein Geldsystem geschaffen und staunt über des Zauberlehrlings Kräfte. Der Mensch muss beurteilen, wie er mit dem Geld umgeht, woher er es hat, wohin er es gibt, was damit geschieht.» (Kundenzeitschrift «Transparenz», 12/2008)

Den Geschäftsleiter Markus Jermann schmerzt es, dass die Finanzkrise seinen Berufsstand derart in Verruf gebracht hat. Er sieht die Schuld nicht allein bei den bösen Banken und den gierigen Bankern. Es gibt auch den «bösen Kunden», den gierigen Anleger, der um jeden Preis die höchstmögliche Rendite will. Markus Jermann: «Menschen beginnen ihre Werte zu ändern und damit ihren Umgang mit Geld.»

In einigen Ländern gibt es Banken, die ähnlich arbeiten wie die Freie Gemeinschaftsbank. In Deutschland ist dies die GLS Bank (Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken) und seit einigen Jahren auch die Ethik Bank.

Einlagensicherung

Im Moment hat die Freie Gemeinschaftsbank ein Problem mit der Einlegerschutzvereinbarung, der fast alle Schweizer Banken und auch Filialen ausländischer Banken angeschlossen sind. Die Vereinbarung funktioniert wie eine Versicherung. Kundenguthaben aus Spar-, Lohn-, Renten-, Anlage- und Depositenkonten sowie Kassenobligationen sollen bei dem Zusammenbruch einer Bank bis zu einem bestimmten Betrag rasch an ihre Kunden ausbezahlt werden. (Ein Konkurs dauert in der Regel mehrere Jahre). Jede Bank in der Schweiz ist deshalb verpflichtet, einen Geldbetrag (einen Prozentsatz der versicherten Kundengelder) für den Konkurs einer anderen Bank bereitzuhalten. Die Verpflichtung der Gemeinschaftsbank für diesen Zweck beträgt 1,8 Millionen Franken. Kommt es nun zum Konkurs, kann dieses Geld bei den verschiedenen Banken abgerufen werden.

Bis Ende 2008 waren den Bankkunden so bis Fr. 30 000. garantiert. Das Parlament hat diesen Betrag im Dezember 2008 auf Fr. 100 000. erhöht.

Dieses Verfahren wurde vor kurzem getestet: Die isländische Kaupthing-Bank, die in Genf eine Filiale führte, brach vor wenigen Monaten zusammen. Die Bankengemeinschaft innerhalb der Schweiz war nun aufgerufen, anteilmässig Geld in einen Fonds zu bezahlen, um die Kunden der konkursiten Bank schnell auszuzahlen. Die Freie Gemeinschaftsbank FGB musste sich mit 9000 Franken beteiligen. Weitere Zahlungsverpflichtungen könnten folgen.

Das Problem liegt nun darin, dass die Gemeinschaftsbank grundsätzlich ein ganz anderes Geschäftsmodell hat als die gewinnorientierten Banken. Es gibt Banken, die ganz bewusst grosse Risiken eingehen, um hohe Renditen zu erzielen. Bei der Gemeinschaftsbank dagegen ist das Risiko sehr gering, und eine Rendite gibt es praktisch nicht. Beide bezahlen jedoch bei der Einlagensicherung der Schweizer Banken den gleichen Prozentsatz «Prämien». Die Gemeinschaftsbank FGB wehrt sich gegen diese «ungleiche Solidarität».

Die Freie Gemeinschaftsbank schrieb deshalb an Parlamentarier einen Brief (Transparenz, Kundenzeitung der Freien Gemeinschaftsbank, Dezember 2008), der hier auszugsweise wiedergegeben wird:

(gezeichnet Markus Jermann)

Basel, den 19. November 2008

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben morgen Sitzung, und wir haben uns entschlossen, Sie auf ein paar Punkte aufmerksam zu machen, die wir in der CH-Bankenszene als sehr störend empfinden: Die Freie Gemeinschaftsbank (FGB, www.gemeinschaftsbank.ch) ist als kleine, ethisch-sozial orientierte Bank seit 1984 mit einer Schweizer Bankbewilligung tätig. Wir arbeiten bescheiden und betreuen rund 250 Millionen Schweizer Franken. Das Bankgeschäft betreiben wir eher konservativ, wir handeln nicht mit Geld und beschränken uns darauf, Spargelder in gemeinnützige und wirtschaftlich-sozial fruchtbare Projekte zu investieren. Verloren durch Kreditrisiken haben

wir bisher rund 0,003% der uns anvertrauten Gelder, und dies erst noch auf Grund eines Betrugs, für den das Verfahren noch hängig ist. Kurz gesagt: Bankwirtschaft ist auch ohne mit hohem Risiko behaftete Anlagen und mit grosser Sicherheit möglich. Wir sind sehr schockiert über die Vorgänge auf dem Schweizer Finanzmarkt und bitten Sie als Mitglieder der Wirtschaftskommission dringend, für Verbesserungen zu sorgen. In den folgenden Bereichen sehen wir Handlungsbedarf:

Einlagensicherung

Es kann nicht angehen, dass verschiedene mittlere und kleine Banken in der Schweiz die Folgen für die riskanten Spekulationsgeschäfte von einigen Instituten mittragen müssen. Die Einlagensicherung sollte daher in Zukunft so geregelt werden, dass eine risikobezogene Einlage seitens der Banken zwingend ist. Wer höhere Risiken fährt, zahlt mehr in den Fonds ein. Das Volumen des Fonds muss zusätzlich ein Verhältnis haben zur Grösse der einzelnen in ihm zusammengeschlossenen Banken. Wir sind für solidarisches Verhalten im Notfall, lehnen aber «ungleiche» Solidarität ab, wie sie jetzt gefordert wird. Da nun die Grossbanken auch ihrem Risiko entsprechend geprüft werden, müsste diese dem Risiko des Geschäftes entsprechende Verteilung auch bei der Einlagensicherung durchgeführt werden.

Werbung

Ist es tolerierbar, dass eine Bank oder sonst wer auch immer mit einer hohen Rendite wirbt, obwohl klar ist, dass sie gar nicht auf üblichem Wege zustande kommen kann? Noch im Sommer dieses Jahres warb Kaupthing mit 4 – 5% Zinsen auf Sparkonti, fünf Monate später bezahlen wir den Konkurs über die Einlagensicherung mit. Es gibt andere Beispiele von Banken, die mit bis zu 59% Rendite Werbung gemacht haben. Natürlich stand immer im Kleingedruckten, dass das nur im Falle X oder Y möglich ist, die Botschaft, die hängenbleibt, ist aber eine andere. Werbeverbote sind nötig. Ebenso wie das Rauchen an gewissen Orten verboten ist, soll auch das Spekulieren verboten werden.

Zur Problematik der Einlagensicherung in der Schweiz

ww. Die konkursite isländische Bank Kaupthing ist zu einem Testfall für den Verein Einlagensicherung der Schweizer Banken und Effektenhändler geworden: Es hat geklappt. Innerhalb von 1½ Monaten wurden sämtliche privilegierten (das heisst garantierten) Forderungen im Gesamtbetrag von 27,5 Millionen Franken an die 1475 Schweizer Kaupthing-Kunden ausbezahlt. Damit die Kunden ihr Geld bekamen, mussten die Schweizer Banken entsprechend ihrer Grösse Geld in einen Fonds überweisen. Die Freie Gemeinschaftsbank bezahlte Fr. 9000. , die Berner Regionalbankengruppe Valiant Fr. 700 000 usw.

Dieses Verfahren berücksichtigt nicht, dass es Banken gibt, die weniger Risiken eingehen als andere.

Es gibt ein weiteres Problem: Was würde passieren, wenn eine der beiden global tätigen Grossbanken Konkurs erleiden würde?

Die UBS allein hat eine Bilanzsumme von etwa 2000 Milliarden Franken – ein Betrag, der viermal grösser ist als die gesamte Wirtschaftsleistung (BIP) der Schweiz. Gemäss Eco, der Wirtschaftssendung des Schweizer Fernsehens, betragen die versicherten Kundenguthaben der UBS in der Schweiz über 30 Milliarden Franken. Die Einlagensicherung der Schweizer Banken ist jedoch auf maximal 6 Milliarden Franken beschränkt. Wer müsste für den Rest aufkommen? Die Steuerzahler?

Die Grösse einer Bank kann den Staat nicht nur zu kostspieligen Rettungsaktionen zwingen, sondern auch die Einlagensicherung überfordern. Die Schweizerische Nationalbank SNB hat bereits im Juni 2007 gewarnt. Sie verglich manche Banken mit einem Auto, das mit 120 km/h fährt. Das sei in der Regel ungefährlich. Dies könne sich jedoch bei schlechten Bedingungen schnell ändern.

Inzwischen ist viel passiert. Die UBS musste massiv mit staatlichen Geldern gestützt werden. Nun warnt die SNB erneut: Sie wies in diesen Tagen darauf hin, dass die beiden global tätigen Grossbanken wegen ihrer Grösse für die Schweiz ein Risiko bedeuten. International müsse ein spezielles Konkursverfahren gefunden werden, mit dem auch global tätige Grossbanken geordnet Konkurs anmelden könnten. «Too big to fail» dürfe es nicht mehr geben, weil dies zum weiteren Spekulieren verleite. (Heute gilt die

Meinung, dass eine globale Grossbank nicht Konkurs anmelden darf, weil sie zu stark mit der Gesamtwirtschaft verwoben ist und deshalb Schaden für das ganze Land entstehen würde.)

Die Politik müsse so die SNB zusammen mit den Banken auch über eine gezielte Beschränkung der Grösse einer Bank oder über eine Aufteilung nachdenken. Dieser Einschätzung schloss sich auch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich BIZ an ihrer Jahrestagung an. Ihr Generalsekretär ging noch einen Schritt weiter: «Der Finanzsektor muss schrumpfen, denn er ist zu gross geworden.»